

Beitrag aus: „Sächsischer Verfassungsschutzbericht 2015“

Extremismus im Freistaat Sachsen

Rechtsextremismus

Im Fokus – Aktivitäten von Rechtsextremisten in der aktuellen Asyldebatte und ihre Folgen – Beobachtungen des Verfassungsschutzes in Sachsen

Das Themenfeld „Anti-Asyl“ stellt seit einigen Jahren das zentrale Betätigungsfeld von Rechtsextremisten in Sachsen dar. Bereits im Jahr 2014 entwickelte sich die asylfeindliche Agitation zu *dem* Themenschwerpunkt der rechtsextremistischen Szene im Freistaat. Im Berichtsjahr haben die Aktivitäten sächsischer Rechtsextremisten an Quantität und Intensität nochmals erheblich zugenommen. Die Spannweite reicht von der Forderung nach „Ausweisung von Ausländern“ bis hin zu schweren Gewalttaten (Brandanschläge, Sprengstoffanschläge).

Begriffsverwendung:

Zur Abgrenzung von extremistischen und nichtextremistischen Veranstaltungen und Aktivitäten mit Asylbezug verwendet das LfV Sachsen die folgenden Begriffe in diesem Jahrbuch:

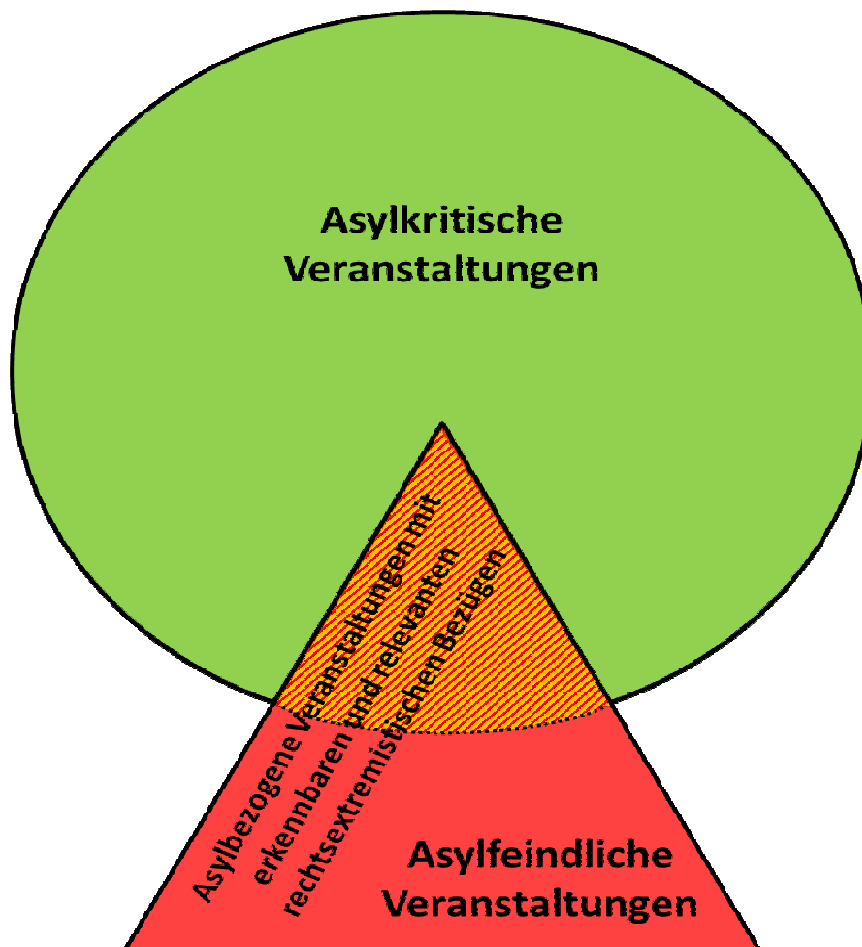
Asylbezogene Veranstaltungen mit erkennbaren und relevanten rechtsextremistischen Bezügen

In die Berichterstattung des LfV Sachsen zur Asylthematik fließen aufgrund der gesetzlichen Zuständigkeit nur Veranstaltungen ein, bei denen es Bezüge zu rechtsextremistischen Bestrebungen gibt. Hierbei werden auch asylkritische Veranstaltungen statistisch erfasst, sofern diese erkennbare und relevante rechtsextremistische Bezüge aufweisen. Dabei handelt es sich um solche Veranstaltungen, die zwar nicht von Rechtsextremisten organisiert oder bestimmt werden, auf denen Rechtsextremisten jedoch in relevantem Maße in Erscheinung treten. Dies kann etwa durch einen rechtsextremistischen Redner oder auch eine Mitwirkung von einzelnen Rechtsextremisten an der Durchführung der Veranstaltung geschehen.

Asylkritisch bezeichnet eine nichtextremistische, asylbezogene Veranstaltung oder sonstige Aktivität. Eine Veranstaltung bleibt auch dann asylkritisch, wenn Rechtsextremisten daran teilnehmen, aber weder Organisation noch der Gesamtcharakter der Veranstaltung als rechtsextremistisch einzuschätzen sind.

Asylfeindlich sind hingegen Veranstaltungen oder Aktivitäten mit Asylbezug, die direkt oder indirekt, ausschließlich oder mit überwiegender Beteiligung von Rechtsextremisten durchgeführt werden.

Beitrag aus: „Sächsischer Verfassungsschutzbericht 2015“



Zahlenmäßiger Überblick

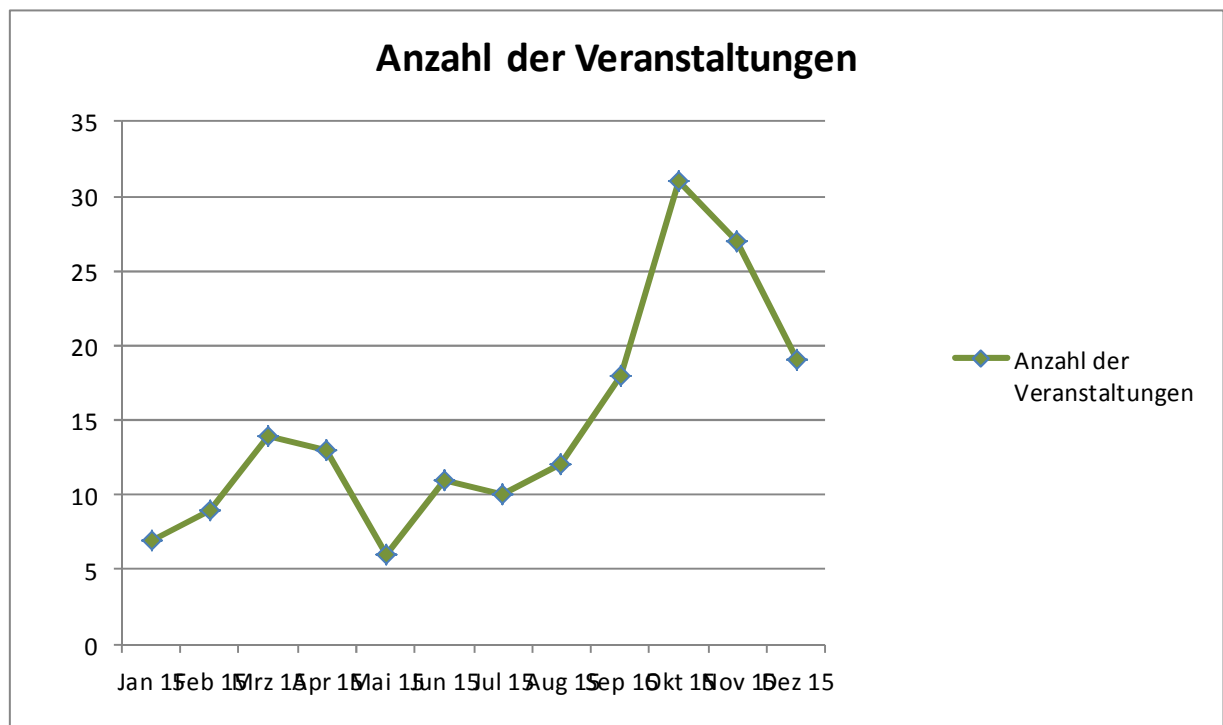
Im Jahr 2015 fanden in Sachsen insgesamt 177 asylbezogene Veranstaltungen mit erkennbaren und relevanten rechtsextremistischen Bezügen statt, an denen sich insgesamt etwa 35.400 Personen¹ beteiligten.² Im Vorjahr wurden lediglich 47 derartige Veranstaltungen mit knapp 7.500 Teilnehmern registriert. Die Anzahl der Veranstaltungen vervierfachte sich nahezu, gleichzeitig nahmen die Teilnehmerzahlen im Vergleich zum Vorjahr sogar in noch stärkerem Maße zu. Dies bedeutet, dass die rechtsextremistische Szene in Sachsen durch den Missbrauch des Asylthemas Einfluss auf ein Personenpotenzial nehmen kann, das das eigene szeninterne Mobilisierungspotenzial in ganz erheblichem Umfang übersteigt.

¹ In der Zahl sind Mehrfachteilnahmen enthalten.

² Die GIDA-Veranstaltungen in Sachsen werden in ihrer Gesamtheit nicht als extremistische Bestrebung bewertet und wurden somit hier nicht berücksichtigt.

Beitrag aus: „Sächsischer Verfassungsschutzbericht 2015“

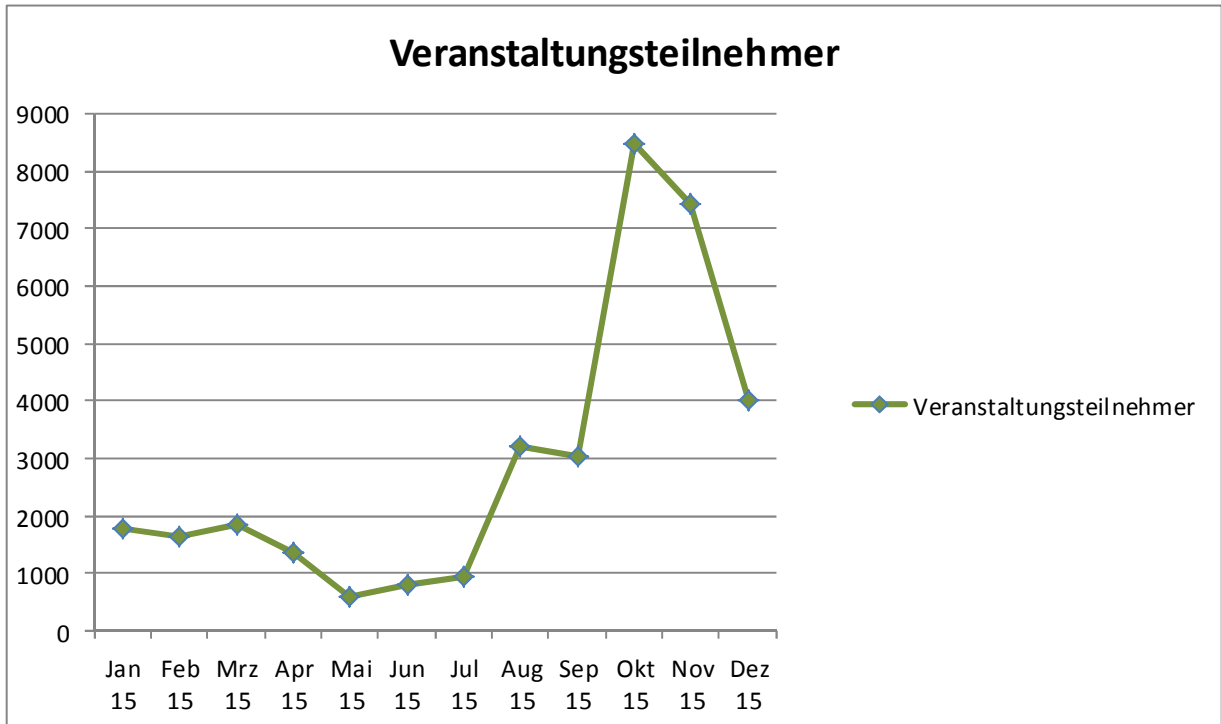
Entwicklung der Anti-Asyl-Veranstaltungen mit erkennbaren und relevanten rechtsextremistischen Bezügen in Sachsen im Jahr 2015



Nachdem die Veranstaltungszahlen im ersten Quartal 2015 deutlich zugenommen und sich verdoppelt hatten, gingen sie im zweiten Quartal zunächst zurück. In der zweiten Jahreshälfte stieg die Zahl der asylbezogenen Veranstaltungen mit erkennbaren und relevanten rechtsextremistischen Bezügen erneut an und erreichte im Oktober mit 31 Veranstaltungen ihren Höchstwert. Im November und Dezember waren die Veranstaltungszahlen rückläufig, was nicht zuletzt auf die Advents- und Weihnachtszeit zurückzuführen war, die sich auch auf das Aktionsniveau der sächsischen Rechtsextremisten auswirkte.

Beitrag aus: „Sächsischer Verfassungsschutzbericht 2015“

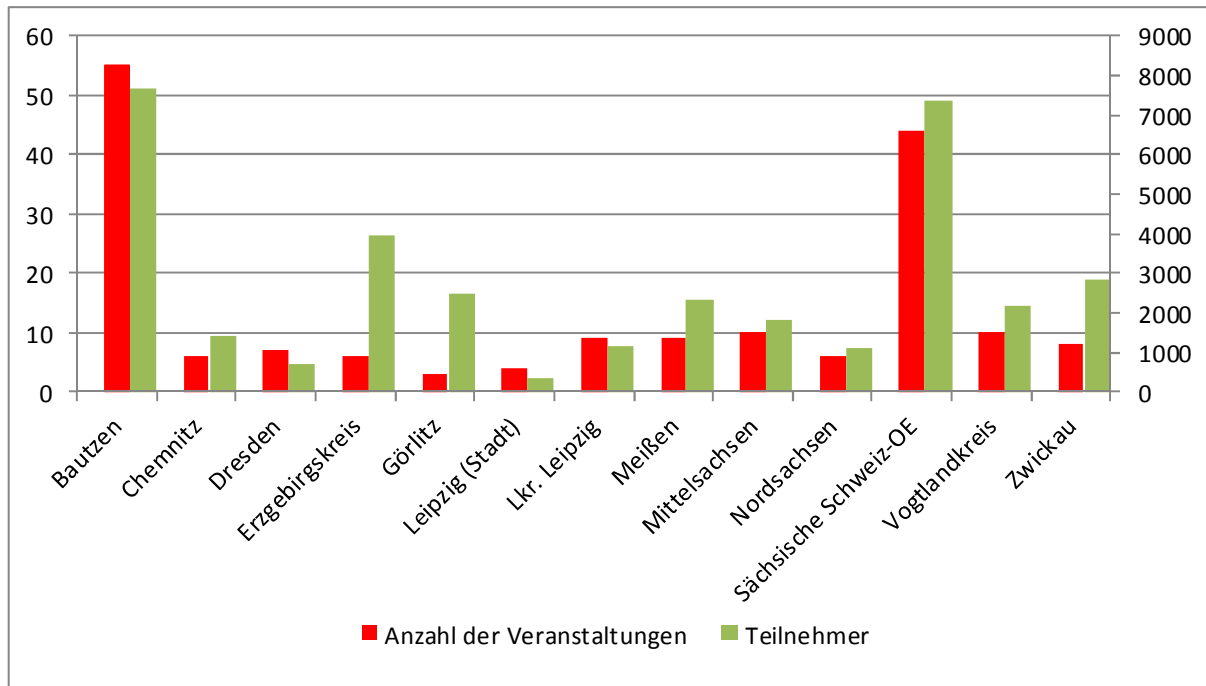
Entwicklung der Teilnehmerzahlen bei Anti-Asyl-Veranstaltungen mit erkennbaren und relevanten rechtsextremistischen Bezügen in Sachsen im Jahr 2015



Die Teilnehmerzahlen waren im ersten Quartal weitgehend stabil und gingen dann deutlich zurück. Ab August war ein sprunghafter Anstieg bei den Teilnehmerzahlen zu verzeichnen. Im Oktober verdreifachten sich die Teilnehmerzahlen im Vergleich zum Vormonat nahezu und erreichten mit knapp 8.500 Personen einen neuen Höchstwert, bevor sie gegen Ende des Jahres zurückgingen.

Beitrag aus: „Sächsischer Verfassungsschutzbericht 2015“

Regionale Verteilung der Anti-Asyl-Veranstaltungen mit erkennbaren und relevanten rechtsextremistischen Bezügen in Sachsen im Jahr 2015



Regionale Schwerpunkte der asylbezogenen Veranstaltungen mit erkennbaren und relevanten rechtsextremistischen Bezügen bildeten im Jahr 2015 insbesondere die Landkreise Bautzen und Sächsische Schweiz-Osterzgebirge. Hier waren mehr als die Hälfte (rund 55 %) aller rechtsextremistischen asylfeindlichen Veranstaltungen in Sachsen zu verorten. Nur sehr wenige Protestveranstaltungen waren hingegen im Landkreis Görlitz (drei) und in Leipzig (vier) zu verzeichnen.

Hervorzuheben sind Veranstaltungen größeren Umfangs ab Oktober 2015, u. a. in Görlitz, Schneeberg und Aue. An diesen Protestaktionen beteiligten sich zwischen 850 und 1.000 Menschen. Ohnehin verdeutlicht die oben stehende Grafik, dass sich insbesondere im Erzgebirgskreis und im Landkreis Görlitz an den wenigen Demonstrationen verhältnismäßig viele Personen beteiligten. Die deutlich über das rechtsextremistische Mobilisierungspotenzial hinausgehenden Teilnehmerzahlen dokumentieren die Anschlussfähigkeit des Asyl-Themas bis weit in das nichtextremistische Lager hinein.

Die Teilnehmerzahlen der einzelnen Demonstrationen spiegelten dabei häufig das jeweils regional unterschiedliche Mobilisierungspotenzial der Rechtsextremisten wider. Während die Veranstaltungen rund um Dresden – insbesondere im Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge – regelmäßig Personen im dreistelligen Bereich anzogen, brachten die NPD oder andere rechtsextremistische Gruppierungen in anderen Regionen Sachsens deutlich weniger Menschen auf die Straße.

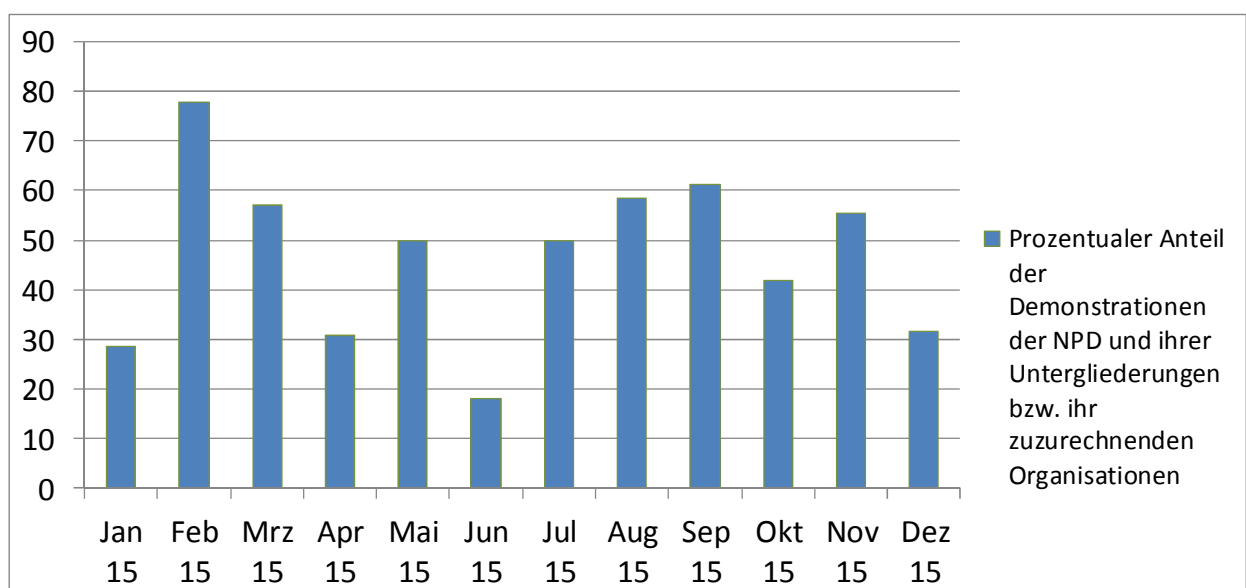
Rechtsextremistische Akteure und deren Strategien

Grundsätzlich war bei Demonstrationen der **NPD** zu beobachten, dass sich hieran häufig bekannte Führungspersonen der Partei beteiligten und so auch zum Mobilisierungserfolg

Beitrag aus: „Sächsischer Verfassungsschutzbericht 2015“

derartiger Veranstaltungen beitragen. Dies erklärt den Mobilisierungserfolg im Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge, im Erzgebirgskreis und im Landkreis Meißen. Hier wirkten mit Thomas SATTELBERG, Hartmut GLIEMANN, Stefan HARTUNG und Peter SCHREIBER jeweils zugkräftige NPD-Protagonisten, die regional vernetzt sind und daher über eine größere Mobilisierungskraft verfügen. Teilweise gelang es der NPD so, das asylbezogene Veranstaltungsgeschehen zumindest örtlich begrenzt asylfeindlich zu prägen. Exemplarisch zeigte sich dies im Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge. Hier war die NPD sowohl unter eigenem Namen als auch im Rahmen der Organisation „Demokratischer Aufbruch Sächsische Schweiz“ (DASS) sowie mit den Facebook-Seiten „Heidenau hört zu“ und „Nein zum Heim Sächsische Schweiz-Osterzgebirge“ aktiv. In deren Namen wurde die große Mehrheit der asylbezogenen Veranstaltungen im gesamten Landkreis angemeldet und durchgeführt. Die NPD dominierte damit dort das Asylthema und versuchte, ihre extremistischen Ziele in weiten Bevölkerungskreisen zu verbreiten. Ähnliche Initiativen waren in geringerem Umfang im Erzgebirgskreis unter dem Begriff „Freigeist“ (Leitung Stefan HARTUNG) oder auch unter der Bezeichnung „Plauen wehrt sich“ im Vogtlandkreis aktiv. Im Vogtlandkreis ergriff ausschließlich der Landesverband der NPD die Initiative und versuchte, eine örtliche asylfeindliche Bewegung zu initiieren, die jedoch weitgehend ohne nachhaltige Resonanz blieb. Im Erzgebirgskreis war mit Stefan HARTUNG jedoch ein lokaler Akteur aktiv, dem es darüber hinaus auch gelang, sich mit nichtextremistischen asylkritischen Initiativen im Erzgebirgskreis zu vernetzen. Diese Strategie versuchte die NPD auch in anderen Landkreisen umzusetzen, was ihr jedoch nur bedingt gelang. Einerseits lag das an der Schwäche der dortigen Kreisverbände, andererseits am Fehlen eines aktivierungsfähigen Mobilisierungspotenzials. Aus diesem Grunde trat außerhalb der Sächsischen Schweiz und des Erzgebirgskreises vielfach der Landesverband als Organisator von asylfeindlichen Veranstaltungen in Erscheinung.

Anteil der NPD-Veranstaltungen an allen asylbezogenen Veranstaltungen mit erkennbaren und relevanten rechtsextremistischen Bezügen



Auf diese Weise deckte die NPD im zweiten Halbjahr 2015 sachsenweit einen Großteil der asylfeindlichen Aktivitäten der gesamten rechtsextremistischen Szene ab. Ihr Anteil an allen

Beitrag aus: „Sächsischer Verfassungsschutzbericht 2015“

asylbezogenen Veranstaltungen mit erkennbaren und relevanten rechtsextremistischen Bezügen lag im Jahr 2015 sachsenweit bei knapp 47 %, allerdings mit erheblichen monatlichen Schwankungen. Insbesondere der Landesvorstand um den kommissarischen Vorsitzenden Jens BAUR täuschte so auch an Orten, in denen es kaum noch aktive NPD-Strukturen gab, eine landesweit aktive Parteistruktur vor. Die NPD wollte von der aktuellen Asyldiskussion profitieren und sich als Sprachrohr der Asylnutzer darstellen. Neben BAUR waren die ehemaligen Landtagsabgeordneten Arne SCHIMMER und Jürgen GANSEL regelmäßig Redner und Mitorganisatoren der Veranstaltungen.

Auf der anderen Seite zeigte sich hier ein neues Phänomen: das des NPD-Aktiven, der jedoch nicht mehr in Abstimmung mit seinen Parteigremien handelt. Die Ursache hierfür dürfte der Wunsch einzelner Funktionäre der Partei sein, deutlicher und aggressiver gegen Asylbewerber und deren Einrichtungen zu agitieren. Beispiele hierfür waren etwa der NPD-Funktionär Dirk ABRAHAM, der sich in Freital bei den dortigen Asylprotesten im Sommer 2015 engagierte, obwohl sich die NPD selbst nicht offiziell an diesen Protesten beteiligte. Ähnlich, aber weniger wahrnehmbar, agierte der Dresdner NPD-Stadtrat Hartmut KRIEN. Letztlich kann man auch den ehemaligen NPD-Stadtrat von Radeberg, Simon RICHTER, dieser Kategorie zurechnen. RICHTER hat sich allerdings fast vollständig von der NPD abgewandt. Die Asylthematik gibt zahlreichen individuellen Akteuren die Möglichkeit, politische Bedeutung an den Parteistrukturen vorbei zu erlangen. Dies könnte auch der Grund für den Parteiaustritt des Heidenauer NPD-Stadtrates Rico RENTZSCH Ende November 2015 sein³.

Im Zusammenhang mit den von der NPD angemeldeten Demonstrationen kam es wiederholt zu Ausschreitungen. Dies betraf beispielsweise eine Demonstration vor einer Dresdner Asylbewerberunterkunft am 24. Juli 2015 sowie eine Demonstration in Heidenau am 21. August 2015. Insbesondere die Ausschreitungen in Heidenau waren der Höhepunkt einer regelrechten Demonstrationsserie gegen eine Asylbewerberunterkunft in Heidenau. Bei und im Vorfeld dieser Demonstrationen heizten die örtlichen Akteure der NPD die Stimmung an und trugen so zu den wachsenden Teilnehmerzahlen an den Veranstaltungen bei. Auch wenn die NPD vehement bestritt, für die gewaltsamen Ausschreitungen verantwortlich gewesen zu sein, so muss sie sich diese doch zurechnen lassen, zumal deren Jugendorganisation, die Jungen Nationaldemokraten, die Ausschreitungen im Nachgang als „erfolgreichen Widerstand“ glorifizierte.

Für die **Jungen Nationaldemokraten (JN)** wurde das Themenfeld Anti-Asyl erst im zweiten Halbjahr 2015 zum Schwerpunkt. Die Jugendorganisation unterstützte ihre Mutterpartei bei zahlreichen Veranstaltungen und führte auch eigene Veranstaltungen durch. In Nordsachsen meldete beispielsweise der JN-Landesvorsitzende Paul RZEHACZEK als „Privatperson“ regelmäßig asylfeindliche Veranstaltungen an.

Neben der NPD traten im Jahr 2015 auch die rechtsextremistischen Parteien Die Rechte und Der Dritte Weg (III. Weg) verstärkt mit eigenen Aktionen in Erscheinung. Neben asylfeindlichen Veranstaltungen in verschiedenen Teilen des Freistaates Sachsen setzten beide Gruppierungen jeweils eigene Akzente:

Am 7. Januar 2015 veröffentlichte die Partei **Der Dritte Weg** auf ihrer Homepage einen Leitfaden mit dem Titel „Kein Asylantenheim in meiner Nachbarschaft!“⁴ Die Partei rief in diesem Leitfaden dazu auf, rechtliche Mittel zur Verhinderung der Einrichtung oder zur

³ Vgl. die jeweiligen Unterkapitel im Beitrag „Regionale Beschreibung rechtsextremistischer Bestrebungen“ zu Landkreis Bautzen, Dresden (Stadt), Sächsische Schweiz-Osterzgebirge und Landkreis Zwickau

⁴ www.der-dritte-weg.info (Stand: 9. Januar 2015)

Beitrag aus: „Sächsischer Verfassungsschutzbericht 2015“

Behinderung des Betriebes von Asylbewerberheimen einzusetzen. Der rund 20-seitige Leitfaden stellt eine umfassende Handreichung für die rechtsextremistische Szene dar und ist darüber hinaus wegen seiner vermeintlich unideologischen Aufmachung geeignet, auch Personen im nichtextremistischen Spektrum anzusprechen. Ziel ist die Verhinderung eines geordneten Asylbearbeitungs- und Aufnahmeprozesses, die dann eine propagandistische Grundlage für die Behauptung staatlichen Versagens darstellen soll. Für Aufsehen sorgte die Partei Der Dritte Weg am 12. Februar 2015 in Plauen. Vier Parteianhänger begleiteten nach einer kommunalen Ausschusssitzung einen NPD-Stadtrat bei dem Besuch einer Asylunterkunft und fotografierten dort auf provozierende Art und Weise.

Die Partei **Die Rechte** gehörte zu den Hauptinitiatoren von asylfeindlichen Protesten im Landkreis Bautzen. Zum Ende des Jahres 2015 versuchte die Partei mit geringem Erfolg, den Protest in Limbach-Oberfrohna (Landkreis Zwickau) zu organisieren. Die aktivsten Kader der Partei waren im Berichtsjahr Daniela STAMM in Bautzen und Alexander KURTH in Leipzig. Beide waren überregional aktiv und unterhielten Beziehungen bis in die sachsen-anhaltische und die Thüringer rechtsextremistische Szene. Bemerkenswerterweise zeigte sich im zweiten Halbjahr 2015 eine thematische Verschiebung bei den Veranstaltungen. Zwar blieb die Asylthematik immer noch der grundsätzliche Beweggrund der Veranstaltungen. Allerdings drehten sich die Veranstaltungsthemen nun vermehrt um die angeblich zu erkämpfende Souveränität Deutschlands oder des deutschen Volkes. Damit einher ging die Propagierung einer vorgeblich notwendigen Revolution gegen die Demokratie. Hier zeigte sich zum einen der neonationalsozialistische Charakter der Partei, zum anderen wurde deutlich, dass die gegenwärtige Asylthematik für Rechtsextremisten nur Mittel zum Zweck ist, um mit ihrem Ausländerhass letztlich die freiheitliche demokratische Grundordnung an sich zu bekämpfen.

Die Agitation gegen Asylbewerber und deren Aufnahmeeinrichtungen wirkte wie eine einigende Klammer zwischen den rechtsextremistischen Parteien und der parteiungebundenen Szene. Gleiches galt unter den rechtsextremistischen Parteien, was ein Vorkommnis am 31. Oktober 2015 in Mittweida (Landkreis Mittelsachsen) exemplarisch zeigte. Nach der Absage der asylkritischen Veranstaltung einer nichtextremistischen Partei meldeten die NPD, die Partei Der Dritte Weg und die JN eine Spontandemonstration zum Thema an. Hier wurde eine die organisatorische Konkurrenz überdeckende weltanschauliche Verbundenheit dieser Parteistrukturen offenbar. Bei diesen Veranstaltungen konnten die rechtsextremistischen Parteien, insbesondere die NPD, auf eine starke Unterstützung durch die neonationalsozialistische und subkulturell geprägte rechtsextremistische Szene zurückgreifen. Insofern beteiligten sich diese auch an parteilich organisierten, asylfeindlichen Protesten sowie auch umgekehrt.

An dieser Stelle wird deutlich, dass einer der wesentlichen Effekte des gemeinsamen asylfeindlichen Agierens der rechtsextremistischen Szene die Schaffung neuer Gemeinsamkeiten und die Etablierung oder auch Verfestigung von szeneeigenen Kennverhältnissen war. So fanden sich bei den Veranstaltungen verschiedener rechtsextremistischer Organisatoren immer wieder Personen aus allen Bereichen der rechtsextremistischen Szene. Manche Einzelpersonen waren auch überregional auf verschiedensten asylbezogenen Veranstaltungen anzutreffen.

So wirkten auf einer asylfeindlichen Veranstaltung in Bautzen am 30. Januar 2016 vier maßgebliche rechtsextremistische Akteure zusammen: Silvio RÖSLER, einen im Berichtszeitraum eng mit Rechtsextremisten kooperierenden Mitorganisator der Offensive für Deutschland, Alexander KURTH von der Partei DIE RECHTE, der ostsächsische asylfeindliche Aktivist Jens KIRSTEN sowie der ehemalige NPD-Stadtrat von Radeberg und Neonationalsozialist Simon RICHTER.

Beitrag aus: „Sächsischer Verfassungsschutzbericht 2015“

Durch diese Entwicklungen wurde nicht nur ein verbindendes Gemeinschaftsgefühl geschaffen. Auch können gruppenbildende Prozesse entstehen. Diese sind geeignet, in Zukunft zur Bildung neuer rechtsextremistischer Strukturen zu führen, und sie dürften außerdem auch über die Befassung mit dem Asylthema hinaus Bestand haben.

Dieselbe Entwicklung betraf auch die **subkulturell geprägte rechtsextremistische Szene**. Diese beteiligte sich an zahlreichen asylkritischen und asylfeindlichen Veranstaltungen. Durch die fortdauernde Aufnahme von Asylbewerbern in Deutschland kam es in dieser Szene zu einem anhaltenden Politisierungsprozess. Dieser führte in der sonst eher strukturarmen subkulturell geprägten rechtsextremistischen Szene zu diversen Gruppenbildungen, aus denen in Einzelfällen auch neue neonationalsozialistische Gruppierungen entstanden. Ein Beispiel hierfür ist die „Freie Kameradschaft Dresden“, auch bekannt als „Freie Aktivisten Dresden“. Eine sich ähnlich, jedoch nicht so dynamisch entwickelnde Gruppe ist die subkulturell geprägte rechtsextremistische Szene in Dresden-Leuben.⁵

Neben den Aktivitäten der rechtsextremistischen Parteien und der subkulturell geprägten rechtsextremistischen Szene gelang es in Einzelfällen auch **Neonationalsozialisten**, die Asylproteste für die eigenen Ziele zu nutzen und zu instrumentalisieren. Ein bemerkenswertes Beispiel hierfür ist der ehemalige Radeberger NPD-Stadtrat und Neonationalsozialist Simon RICHTER. Im Landkreis Bautzen gelang es ihm, sich als gefragter Redner auf zahlreichen asylkritischen Veranstaltungen zu etablieren. Er stellte so auch Kontakte zwischen nichtextremistischen Organisatoren und Rechtsextremisten her. Seine regelmäßigen und sich inhaltlich wiederholenden Redeauftritte unter anderem in Ottendorf-Okrilla, Großröhrsdorf, Haselbachtal, Kamenz und Hoyerswerda, aber auch in Wilsdruff oder Dippoldiswalde (beide Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge) nutzte er, um seine von rechtsextremistischen und antisemitischen Denkmustern geprägten Inhalte zu verbreiten.⁶

Eine weitere, jedoch nur vereinzelt wahrzunehmende asylfeindliche Aktivität an der Schnittstelle zwischen neonationalsozialistischer und subkulturell geprägter rechtsextremistischer Szene waren die Auftritte **rechtsextremistischer Bands und Liedermacher**. So kam es im Sommer 2015 zu verschiedenen Auftritten der rechtsextremistischen Musikgruppe A3stus aus Berlin bei Veranstaltungen im Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge und in Dresden. Außerdem war die Gruppe schon im März und April 2015 in Leipzig und im Landkreis Bautzen aufgetreten.

Die Band A3stus ist im Berlin-Brandenburger Raum im Umfeld rechtsextremistischer Strukturen entstanden. Sie bediente antisemitische Stereotype, die sich auch in den gefälschten „Protokollen der Weisen von Zion“ finden und engagierte sich seit 2014 verstärkt im Rahmen von asylbezogenen Veranstaltungen. Dementsprechend thematisierte die Band in ihren Liedern eine angeblich „drohende Überfremdung der Gesellschaft“ und rief zu einem gewaltsamen Kampf gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung auf. Die Lieder beinhalten eine Vielzahl rassistischer und fremdenfeindlicher Ressentiments. Immer wieder wurden Opfer des Holocausts verunglimpft. Einer der Frontmänner der Band, der

⁵ Vgl. hierzu die Beiträge „Subkulturell geprägte Rechtsextremisten“ und „Regionale Beschreibung rechtsextremistischer Bestrebungen“, „Dresden (Stadt)“

⁶ Vgl. Beitrag „Regionale Beschreibung rechtsextremistischer Bestrebungen“, „Landkreis Bautzen“

Beitrag aus: „Sächsischer Verfassungsschutzbericht 2015“

bekennende Neonationalsozialist Patrick KILLAT, war verantwortlich für die jährlich durchgeführte Aktion „Schwarze Kreuze“⁷.

Rechtsextremistische Gewalt mit Asylbezug

Die subkulturell geprägte rechtsextremistische Szene war auch wesentlich für die starke Zunahme der asylbezogenen Straftaten verantwortlich. Insbesondere diese rechtsextremistische Szene neigte im Zeitverlauf immer offener zu Gewalt gegen Asylbewerber sowie deren Aufnahmeeinrichtungen. Grund war die ausgeprägte Gewaltneigung der Szene und die zunehmenden Begegnungen mit Asylbewerbern im Alltag. Diese beiden Aspekte – die geringe Hemmschwelle und die sich häufiger ergebende Gelegenheit zur Ausübung von Gewalt – stellen eine nicht zu unterschätzende Gefahr dar. Diesbezüglich gab es innerhalb der rechtsextremistischen Szene immer wieder Überlegungen, eigene gewalttätige Aktionen gegen Asylbewerber und deren Einrichtungen durchzuführen. Hier ist exemplarisch die subkulturell geprägte „Oldschool Society“ (OSS) zu nennen. Mit ihr bildete sich seit der rechtsextremistischen Terrorzelle „Nationalsozialistischer Untergrund“ (NSU) der erste Personenzusammenschluss, der tatsächliche Anhaltspunkte für den Verdacht einer entstehenden rechtsterroristischen Gruppierung aufwies. Die OSS formierte sich Mitte 2014 zunächst deutschlandweit als virtuelle rechtsextremistische Gruppe im Internet und mit Beteiligung sächsischer Rechtsextremisten. Einem ersten Treffen der OSS im November 2014 in Borna (Landkreis Leipzig) sollte ein zweites Treffen Mitte Mai 2015 folgen. Mit dessen Planung trat die OSS schließlich auch in eine zielgerichtete Vorbereitung von Anschlägen auf Asylbewerber sowie den politischen Gegner ein. Im Vorfeld des Treffens wurde bekannt, dass dort gemeinsam mehrere „Aktionen“ durchgeführt werden sollten, die sich gegen „Asylantenheime“, „Antifa-Quartiere“ oder „Ölaugen“⁸ richten sollten.

Aufgrund der durch die Verfassungsschutzbehörden gewonnenen Erkenntnislage, die sich seit Anfang des Jahres zu einem Verdacht auf rechtsterroristische Aktivitäten konkretisierte, leitete der Generalbundesanwalt Mitte Februar 2015 ein Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts der Bildung einer terroristischen Vereinigung ein. Im Rahmen der folgenden Exekutivmaßnahmen wurden die vier Hauptbeschuldigten (zwei davon aus Sachsen) Anfang Mai 2015 festgenommen. Es wurden Wohnungsdurchsuchungen durchgeführt, wobei neben Schreckschuss- und Gaswaffen u. a. auch Teleskopschläger, Schwerter und in Deutschland nicht zugelassene pyrotechnische Gegenstände mit großer Sprengkraft gefunden wurden. Das Beispiel der OSS zeigt, dass sich aus dem zahlenmäßig großen Reservoir des gewaltorientierten Rechtsextremismus Personenzusammenschlüsse bilden können, die rechtsterroristische Zielsetzungen verfolgen. Aufgrund der relativ einfachen Umsetzung von insbesondere gegen Asylbewerber einrichtungen gerichteten Aktionen, wie Sachbeschädigungen und Brandstiftungen, ist es in der aktuellen Lage nicht auszuschließen, dass sich weitere rechtsextremistische Personenkreise auch kurzfristig zu gewaltorientierten Aktivitäten gegen Asylbewerber und deren Einrichtungen, aber auch gegen Asylbefürworter, entschließen.

⁷ Bei der Aktion „Schwarze Kreuze Deutschland“ handelt es sich um eine „Gedenkveranstaltung“ für Mordopfer von Tätern mit nichtdeutscher Staatsangehörigkeit. Dafür werden jeweils am 13. Juli in vielen deutschen Orten Schwarze Kreuze (meist an Ortseingangsschildern) aufgestellt oder aufgemalt und die davon gefertigten Bilder anschließend ins Internet gestellt.

⁸ „Ölauge“ ist ein diffamierender Ausdruck für Menschen mit Migrationshintergrund aus einem Land, in dem die Menschen häufig braune oder schwarze, „wie Erdöl glänzende“ Augen haben.

Beitrag aus: „Sächsischer Verfassungsschutzbericht 2015“

Solche Gefahren werden durch den alarmierenden Tonfall, der sich vor allem in Internetverlautbarungen immer wieder findet, noch verschärft. Eine zentrale Rolle für die Verbreitung rechtsextremistischer menschenverachtender Stereotype und für die Mobilisierung zu asylbezogenen Veranstaltungen spielte im Berichtsjahr vor allem das Internet. Insbesondere mithilfe von sozialen Netzwerken, wie Facebook oder dem Kurznachrichtendienst Twitter, gelang es Rechtsextremisten, ein vergleichsweise breites Publikum für ihre Botschaften zu erreichen und sich scene- und regionenübergreifend zu vernetzen.

Die Zahl der Facebook-Seiten mit erkennbaren und relevanten rechtsextremistischen Bezügen nahm im Laufe des Berichtsjahres kontinuierlich zu. Gleichzeitig war im Internet eine wachsende Verbalradikalität zu beobachten. So traten Rechtsextremisten als provokative Stichwortgeber auf, denen mitunter strafbare, zum Teil Gewalt verherrlichende Äußerungen einzelner Internetnutzer folgten. Nur exemplarisch hier folgende Beispiele:

„Verdammte Saubrut! Dieser Saubande würde ich persönlich den Gashahn erklären und dann 'duschen' lassen. Dieses Gefেকে bedarf der 'Endlösung' und es wäre garantiert kein Verlust!“⁹

„Die müsste man aufhängen die Schweine“¹⁰

„Kann nicht jemand auf den Tank vom Bus schießen?“¹¹

Die ausgeprägte Dynamik, die hochgradige Spontaneität und die vermeintliche Anonymität des Internets begünstigen eine solche Entwicklung. Zusätzlich ermöglicht das Internet Rechtsextremisten, auf nichtextremistischen Seiten und in nichtextremistischen Foren durch Hasskommentare die Stimmung gegen Flüchtlinge und Asylbewerber anzuheizen und auf die Radikalisierung nichtextremistischer Bürgerinitiativen hinzuwirken.¹² Außerdem bietet es Rechtsextremisten die Möglichkeit, einander in ihrer Ablehnung und Verachtung von Flüchtlingen und Asylbewerbern aufzuschaukeln und sich in ihrer ideologischen Menschenfeindlichkeit zu bestärken.

Unter Rechtsextremisten kursierten regelrechte Bürgerkriegsszenarien, die von einem Zusammenbruch der herrschenden Ordnung in Deutschland als Folge der aktuellen Zuwanderung ausgingen. In diesem Zusammenhang wurde durch einzelne Protagonisten auch für das Anlegen von Vorräten aber auch das vorsorgliche Beschaffen von Waffen geworben. Basierend auf dieser Grundhaltung ist der Rückgriff auf Verhaltensweisen, die, wie bei der OSS, als terroristisch qualifiziert werden können, nicht gänzlich unwahrscheinlich.

Die Gewalt gegen Asylbewerber und deren Einrichtungen erreichte im Jahr 2015 ein immer größeres Ausmaß. Sachbeschädigungs- und Körperverletzungsdelikte in Verbindung mit asylfeindlichem rechtsextremistischem Gedankengut ließen sich immer häufiger feststellen. Dabei legten die Täter ein teilweise deutliches Zeugnis ihrer eigenen politischen Haltung und ihres Zerstörungswillens ab. So kamen bei Angriffen auf Asylbewerberheime nicht nur Schreckschusswaffen, sondern auch abgefeuerte Stahlkugeln, ausgeklügelte Brandsätze und vergleichbare Tatmittel zum Einsatz.

Im Jahr 2015 registrierten die Behörden insgesamt 784 rechtsextremistische Straftaten mit fremdenfeindlichem Hintergrund, darunter Propagandadelikte und Sachbeschädigungen, aber auch Körperverletzungen und Brandstiftungen. Damit verdreifachten sich die fremdenfeindlichen Straftaten im Vergleich zum Vorjahr (2014: 235 Straftaten). Die Straftaten

⁹ Facebook-Seite „Dresden-Klotzsche sagt nein zum Heim“ (Stand: 25. März 2015)

¹⁰ Facebook-Seite „Sachsen wehrt sich“ (Stand: 29. April 2015)

¹¹ Facebook-Gruppe „Freital wehrt sich-Nein zum Hotelheim“ (Stand: 22. Juni 2015)

¹² Vgl. den Beitrag „Wege rechtsextremistischer Agitation“

Beitrag aus: „Sächsischer Verfassungsschutzbericht 2015“

verteilt sich über den gesamten Freistaat Sachsen und belegte die auch unterhalb terroristischer Bestrebungen existierende Gewaltbereitschaft gegen Asylbewerber und deren Einrichtungen.

Bei aller grundsätzlichen Gewaltbereitschaft lag der Schwerpunkt jedoch in der – meist verbalradikalen – Äußerung von asylfeindlichen Positionen.

Das Verhältnis von Rechtsextremisten zu asylkritischem Protest am Beispiel der „GIDA-Bewegung“

Rechtsextremisten suchten im Berichtsjahr Anschluss an nichtextremistische Gruppierungen und Initiativen und stellten sich äußerlich als seriöse Aktionspartner dar. So wollten sie Anschluss an bürgerliche Kreise gewinnen und auf diesem Weg ihre extremistischen Haltungen auch in nichtextremistische Kreise der Gesellschaft tragen. Ihr Ziel war es, durch ausländerfeindliche Propaganda einen asylfeindlichen Konsens in der Gesellschaft mehrheitsfähig zu machen. Dieser angestrebte „Konsens“ müsste dann auch – so das rechtsextremistische Kalkül – die Bereitschaft mit einschließen, gewaltsam gegen Asylbewerber vorzugehen. Um die dafür nötige Anschlussfähigkeit zu erreichen, war die Szene zeitweilig bereit, eigene Positionen taktisch motiviert hintanzustellen. Dies lässt sich exemplarisch an der sich wandelnden Positionierung gegenüber den verschiedenen GIDA-Bewegungen darstellen:

Das Verhältnis der rechtsextremistischen Szene zu den GIDA-Strukturen im Freistaat Sachsen war im gesamten Berichtszeitraum sehr dynamisch. Schon 2014 war es kontinuierlicher Veränderung unterworfen und bewegte sich von anfänglicher Missachtung hin zur konstanten Teilnahme an den GIDA-Veranstaltungen. Insbesondere die Ereignisse bei den GIDA-Bewegungen selbst führten dazu, dass die rechtsextremistische Szene ihr Verhältnis zu den GIDA-Bewegungen immer wieder neu bestimmte.

Zu Beginn des Jahres 2015 äußerte sich zunächst der damalige NPD-Landesvorsitzende Holger SZYMANSKI in einem Artikel in der NPD-Zeitung „Deutsche Stimme“ grundsätzlich. So sei es richtig, „daß Montag für Montag auch viele Nationaldemokraten an den Demonstrationen teilnehmen. Eine ‘Unterwanderung’ oder gar Übernahme von PEGIDA durch die NPD wird dagegen nicht angestrebt, was nicht heißt, daß man nicht auch eigene Positionen in der Vor- und Nachbetrachtung sowie in vielen persönlichen Gesprächen mit Demonstranten deutlich macht. Das Erfolgsgeheimnis von Pegida ist gerade die strikte Überparteilichkeit. Dabei sollte es auch bleiben.“¹³

Ähnlich äußerte sich der JN-Bundesvorstand Anfang 2015: „Es heißt nun als deutsche Jugendbewegung diesen noch kleinen Aufstand zu unterstützen. Es muss nun egal sein, ob die Akteure nun „Rechte“ oder „Linke“ sind. Dort, auf den Demonstrationen in Dresden und anderswo in Deutschland, muss die Devise lauten: „Wir sind nicht rechts! Wir sind nicht links! Wir sind Deutsche und wollen es auch bleiben!“ Und weiter: „Die deutsche nationalistische Bewegung kann nun nur mitlaufen, unterstützen und darauf warten, dass sich beim Bürger ein Lerneffekt einstellt...“¹⁴

Sozialwissenschaftlichen Studien zufolge ist der NPD die Werbung für sich und ihre Auffassungen unter den Demonstrationsteilnehmern von PEGIDA nur in geringem Ausmaß

¹³ Holger Szymanski: NPD und PEGIDA. Unterstützen, unterwandern - oder was?, Dt. Stimme 02/15, S. 11 (Schreibweise wie im Original)

¹⁴ „Ungewohnte Klarheit: Merkel diffamiert Bürgerprotest der PEGIDA – eine Kriegserklärung“, Beitrag der JN vom 2. Januar 2015, veröffentlicht auf <http://alt.in-buvo.de>

Beitrag aus: „Sächsischer Verfassungsschutzbericht 2015“

gelingen. So erreichte die Partei bei den Veranstaltungsteilnehmern von PEGIDA einen Zustimmungswert von stets unter zehn Prozent.¹⁵

Das sich stets wandelnde Verhältnis von sächsischen Rechtsextremisten zu PEGIDA und deren Ablegern ließ sich auch im Internet beobachten. So wurden erst seit Ende November 2014 überhaupt relevante, offen zur Unterstützung von GIDA-Veranstaltungen aufrufende Mobilisierungspostings auf szenerelevanten Facebook-Seiten festgestellt. Diese nahmen dann stetig zu und erreichten im Januar und Februar 2015 die höchsten Werte. Danach war ein kontinuierlicher Rückgang feststellbar. Dies dürfte einerseits mit der zunehmenden Selbstverständlichkeit der Teilnahme an den Veranstaltungen der GIDA-Bewegung innerhalb der rechtsextremistischen Szene zu tun haben. Andererseits drückt sich darin jedoch auch ein sich schon im Frühjahr 2015 wandelndes Verhältnis der rechtsextremistischen Szene zur GIDA-Bewegung aus.

So entstand mit dem Ausfall der GIDA-Veranstaltungen am 19. Januar 2015 ein Vakuum, das durch die NPD und ihr nahe stehende Personen sofort für erste Versuche genutzt wurde, mit eigenen Veranstaltungen das Thema Anti-Asyl wieder selbst zu besetzen. In diesem Zusammenhang kam es an diesem Tag zu Ersatzveranstaltungen durch oder unter Beteiligung von Rechtsextremisten in Zittau, Löbau, Sebnitz und Pirna. Somit zeichnete sich bereits zu diesem Zeitpunkt ab, dass die rechtsextremistische Szene nicht auf Dauer gewillt sein würde, im Schatten von PEGIDA zu stehen.

Zunächst nutzte die NPD die Spaltung der PEGIDA-Bewegung noch zu demonstrativen Solidaritätsbekundungen an die „originale“ PEGIDA-Führung.¹⁶ Die hier abermals versuchte Anlehnung an PEGIDA und seine Ableger war jedoch nicht von langer Dauer.

Den Anfang bildete Ende März 2015 der Leipziger GIDA-Ableger LEGIDA. Die LEGIDA-Veranstaltungen wurden bis dahin vor allem von regionalen Gliederungen der NPD, der JN und auch vom sächsischen Landesverband der Partei Die Rechte unterstützt. Letzterer allerdings war mit dem Verlauf der vorhergehenden LEGIDA-Veranstaltungen nach eigenem Bekunden sehr unzufrieden. Insbesondere die ideologische Ausrichtung bei LEGIDA lief dem sächsischen Landesverband der Partei Die Rechte zuwider. So hieß es in einem Kommentar¹⁷: „Ein großes Problem der verschiedenen Gidas ist, daß man zwar einige Probleme richtig erkannt hat, es sich aber bei diesen Problemen nur um Nebenkriegsschauplätze handelt.“ Dazu zählten die Autoren auch die Tatsache, dass „der Hauptfeind alle[r] freien Völker“ nicht in Moscheen zu finden sei, sondern „andere Gebetshäuser“ bevorzuge. Gerade letzteres zeigte bereits eine deutliche antisemitische Ausrichtung des sächsischen Landesverbandes der Partei Die Rechte.

Ähnliche Verwerfungen wurden auch im Hinblick auf PEGIDA Chemnitz-Erzgebirge offenbar. Hier lieferte sich der Vorsitzende des NPD-Kreisverbandes Erzgebirge Stefan HARTUNG Mitte Mai 2015 ein regelrechtes Wortgefecht mit den Organisatoren der Chemnitzer GIDA-Veranstaltungen.¹⁸ Dabei warf er ihnen vor allem vor, dass sie nicht mit ihm zusammen arbeiten wollten. Dass der Einfluss von Rechtsextremisten auf den Chemnitzer GIDA-Ableger dennoch nicht ohne Wirkung blieb, zeigte sich in der zum Jahreswechsel 2015/2016 vollzogenen Spaltung in einen nichtextremistischen und einen vereinzelt auch mit

¹⁵ Technische Universität Dresden: Drei Monate nach dem großen Knall: Was wurde aus PEGIDA?, Pressemeldung vom 21. Mai 2015, www.tu-dresden.de.

¹⁶ Facebook-Profil NPD Sachsen (Stand: 29. Januar 2015)

¹⁷ Facebook-Profil Die Rechte – Sachsen (Stand: 31. März 2015), Schreibweise wie im Original

¹⁸ Facebook-Profil PEGIDA Chemnitz-Erzgebirge (Stand: 12. und 13. Mai 2015)

Beitrag aus: „Sächsischer Verfassungsschutzbericht 2015“

Rechtsextremisten zusammenarbeitenden Ableger „Heimat und Tradition Chemnitz-Erzgebirge“.

In Dresden entwickelte sich das Verhältnis hingegen auch unter den Rechtsextremisten sehr uneinheitlich. Für den sächsischen Landesverband der Partei Die Rechte war insbesondere die PEGIDA-Veranstaltung am 13. April 2015 das Ende der ausschließlich strategischen Unterstützung. Hier kam es zu deutlichen antisemitischen Ausfällen und Distanzierungen von PEGIDA.¹⁹

Vertreter der NPD waren zwar auf der Veranstaltung von PEGIDA anwesend.²⁰ Allerdings ließ sich kurz darauf beobachten, dass das Verhältnis eher distanziert war. Zwar erklärte die NPD am 20. April 2015, zur Bürgermeisterwahl in Dresden am 7. Juni 2015 auf einen eigenen Kandidaten zugunsten der von PEGIDA aufgestellten Kandidatin verzichten zu wollen.²¹ PEGIDA reagierte auf diese Unterstützung mit heftigen Abwehrreaktionen. Die NPD publizierte daraufhin am 28. Mai 2015 einen Beitrag von „DS-TV“²² des Deutsche Stimme-Verlages.²³ Darin wurde zwar noch einmal die Unterstützung zur Bürgermeisterwahl hervorgehoben, „gleichzeitig melden die Nationaldemokraten in einigen Punkten aber auch Kritik an der Bewegung an“. Die Punkte, mit denen die NPD nach diesem Beitrag nicht übereinstimmt, sind die Veranstaltung mit Geert Wilders²⁴ am 13. April 2015, die Forderung nach dezentraler Unterbringung von Asylbewerbern und die Forderung nach sexueller Selbstbestimmung. Alle drei Punkte zeigen in erkennbarer Deutlichkeit erneut den extremistischen Kern der NPD, der sich gegen die Unterstützung Israels durch Geert Wilders, gegen die Aufnahme von Asylbewerbern und gegen die Gleichheit der Geschlechter richtet.

Wie ein Abgesang wirkte da noch die vom sächsischen Landesverband der Partei Die Rechte geteilte Äußerung des Münchener Rechtsextremisten und NPD-Mitgliedes Karl RICHTER²⁵:

¹⁹ Vgl. hierzu auch die Meldung auf der Webseite des LfV Sachsen „Offener Antisemitismus bei der Partei DIE RECHTE“ (Stand: 7. Mai 2015), www.verfassungsschutz.sachsen.de

²⁰ Facebook-Profil der NPD Sachsen (Stand: 14. April 2015)

²¹ Dem patriotischen Protest in Dresden eine Stimme geben!, npd-sachsen.de (Stand: 20. April 2015)

²² Bei „DS-TV“ handelt es sich um eine vom Deutsche Stimme-Verlag herausgegebene regelmäßige Nachrichtensendung zu aktuellen Themen. Die Beiträge bestehen aus kurzen Filmen, die im Internet veröffentlicht werden.

²³ DS-TV 10-15: NPD empfiehlt PEGIDA, [youtube.com](https://www.youtube.com/watch?v=...)

²⁴ Bei Geert Wilders handelt es sich um einen rechtsgerichteten niederländischen Politiker und Vorsitzenden der „Partij voor de Vrijheid“ (PVV).

²⁵ Zu Karl RICHTER vgl. Verfassungsschutzbericht des Freistaates Bayern 2014, S. 91 (Pressefassung), Der Post wurde vom sächsischen Landesverband der Partei Die Rechte („Die Rechte – Sachsen“) auf Facebook am 9. Juni 2015 um 19:22 Uhr geteilt.

Beitrag aus: „Sächsischer Verfassungsschutzbericht 2015“

Seither ist es zwar bei der regelmäßigen Teilnahme von Rechtsextremisten an GIDA-Veranstaltungen geblieben, aber eine erfolgreiche Einflussnahme von Rechtsextremisten auf GIDA-Veranstaltungen konnte nicht festgestellt werden. Spätestens mit Ende des Sommers 2015 konnten alle rechtsextremistischen Einflussnahmeversuche auf GIDA-Bewegungen als gescheitert betrachtet werden.

Danach beschränkten sich Rechtsextremisten auf die Teilnahme an GIDA-Veranstaltungen und versuchten, diese in ihrem Sinne zu nutzen, indem sie sich den anderen Veranstaltungsteilnehmern darstellten und für ihre Positionen warben. Dies führte jedoch nicht zu wahrnehmbaren Rekrutierungs- oder Propagandaerfolgen, die über die Selbstdarstellung auf Facebook-Seiten hinausgingen. Ein Beispiel hierfür ist die Teilnahme der Freien Kameradschaft Dresden bzw. der Freien Aktivisten Dresden an den GIDA-Veranstaltungen in Dresden:

Dies führte in der zweiten Jahreshälfte zu einer anderen Entwicklung: Es kam zu einer deutlicher werdenden Herausbildung radikalerer Kreise aus dem Umfeld der GIDA-Bewegungen in eigene, rechtsextremistische oder mit rechtsextremistischen Gruppierungen kooperierende Organisationen.

Als Beispiel kann hier der Widerstand Hoyerswerda genannt werden. Er entstand aus der ehemaligen HOYGIDA-Bewegung. Nach anfänglich hohen Teilnehmerzahlen im Januar 2015 verlor HOYGIDA zunehmend an Mobilisierungskraft und büßte diese bis Sommer 2015 gänzlich ein. Schon bei den HOYGIDA-Veranstaltungen wurden immer wieder einzelne Rechtsextremisten als Teilnehmer und als Redner festgestellt. Eine Veranstaltung am 29. August 2015 sowie eine auch von Gewaltstraftaten begleitete Spontandemonstration am 18. September 2015 in Bischofswerda (Landkreis Bautzen) bestätigten den Abschluss der Entwicklung von HOYGIDA zu dem von den Nationalen Sozialisten Hoyerswerda (NS-HOY) bestimmten Widerstand Hoyerswerda.

Zusammenfassung

Rechtsextremisten versuchten, asylkritische Proteste und Diskussionen für ihre verfassungsfeindliche Zielsetzung zu instrumentalisieren. Sie praktizierten dies durch die Teilnahme an öffentlichen Veranstaltungen mit Asylbezug, wie auch mit der Durchführung eigener Veranstaltungen. Insbesondere die „Wortergreifung“ auf nichtextremistischen Veranstaltungen wird durch die zahlreichen teils sehr heftigen Diskussionen über die Asylpolitik erleichtert. Dies ermöglicht es Rechtsextremisten, eigene Positionen darzustellen, ohne ihre rechtsextremistische Gesinnung offenlegen zu müssen.

Asylkritische Veranstaltungen wurden von Rechtsextremisten dazu genutzt, mit nichtextremistischen Teilnehmern in Kontakt zu treten und unter diesen für ihre verfassungsfeindlichen Positionen zu werben. Außerdem nutzte die rechtsextremistische Szene diese Veranstaltungen im Jahr 2015 intensiv, um sich untereinander zu vernetzen. Das regelmäßige gemeinsame Agieren im Rahmen von asylfeindlichen und asylkritischen Veranstaltungen hat außerdem zur Etablierung neuer Kontakte, Kennverhältnisse und Personennetzwerke geführt. Aus diesen regelmäßigen Kontakten heraus bildeten sich mittlerweile neue Gruppenstrukturen. Diese sind stark asylfeindlich eingestellt und verfügen über ein Binnenklima, das geeignet ist, Radikalisierungsprozesse zu befördern und zu beschleunigen. Es waren diese ausgebauten persönlichen Kontakte, die die Aktionsfähigkeit der rechtsextremistischen Szene erhöhten und die voraussehbar auch Bestand haben dürften, wenn die Asylthematik wieder in den Hintergrund tritt.

Beitrag aus: „Sächsischer Verfassungsschutzbericht 2015“

Im Rahmen der Reaktionen der rechtsextremistischen Szene auf die laufende Asyldebatte verschwammen zunehmend die Grenzen zwischen den Szenebereichen. Erlebnisorientierte subkulturell geprägte Rechtsextremisten wurden politisch aktiv. Ehemalige Neonationalsozialisten nutzen die Struktur der Jungen Nationaldemokraten und arbeiteten zusammen mit Teilen der NPD. Trotz aller weiterhin bestehenden wechselseitigen Vorbehalte boten gemeinsam besuchte Veranstaltungen mit Asylbezug den Rahmen, in dem unterschiedlichste rechtsextremistische Szeneakteure gemeinsam auf eine Eskalation laufender Asyldebatten hinwirken können.

Auch innerhalb der sonst auf ein „Saubermannimage“ bedachten NPD verschwammen die Grenzen. Trotz aller Distanzierungen ist seit dem Sommer 2015 deutlich geworden, dass es auch in der NPD Kräfte gab, die sich eine weitere Eskalation von asylbezogenen Veranstaltungen wünschen. Teilweise agierten so einzelne NPD-Kader neben der Partei, um ihre persönlichen, oft radikaleren Politikvorstellungen umzusetzen. Die NPD selbst tolerierte dies und versuchte, mit einer Vielzahl an asylfeindlichen Veranstaltungen ihrerseits eine eigene Vorreiterrolle in der Asyldebatte durchzusetzen. Auch gewaltbereite Teilnehmer aus der rechtsextremistischen Szene wurden von der NPD geduldet. Eine glaubhafte Abgrenzung durch die NPD fand nicht statt. Die JN glorifizierten sogar gewaltsame Ausschreitungen.

Infolge einer zunehmenden Emotionalisierung suchten gewaltbereite Rechtsextremisten im Umfeld asylbezogener Veranstaltungen verstärkt die Auseinandersetzung mit Polizeikräften und dem politischen Gegner. Hier hat gegenüber den Verhältnissen im Vorjahr eine Verschärfung des Vorgehens von Teilen der rechtsextremistischen Szene hin zu einer höheren Gewaltbereitschaft insbesondere gegenüber der Polizei stattgefunden.

Lokale Verantwortliche müssen daher bei öffentlichen Diskussionen und Auseinandersetzungen damit rechnen, dass externe gewaltbereite Rechtsextremisten anreisen. Diese suchen eine Gelegenheit für Ausschreitungen und Gewalttaten im Schutz von größeren Menschenansammlungen.

Die aktuellen asylbezogenen Diskussionen und Auseinandersetzungen wurden von Rechtsextremisten zudem als Ausdruck einer ausländerfeindlichen Haltung der Mehrheit der Bevölkerung gedeutet. Dieses Interpretationsschema bot Rechtsextremisten mit zunehmender politischer Schärfe der Diskussionen die Möglichkeit, sich als „Speerspitze“ eines „wahren Volkswillens“ zu sehen. Sie leiteten daraus für sich eine Rechtfertigung von Gewalt gegen Asylbewerber, Polizeibeamte, politische Gegner und öffentliche Amtsträger ab. Dies ist die Logik, die Rechtsextremisten immer wieder auf asylbezogene Einwohnerversammlungen und asylkritische Veranstaltungen zu tragen versuchen.

Ausblick

Die hier beschriebenen Entwicklungslinien werden sich fortsetzen und vor allem in Abhängigkeit der Entwicklung der Asylthematik auch weiter verschärfen können. Unabhängig davon werden die innerhalb der rechtsextremistischen Szene neu entstandenen Gruppierungen ihre Politisierungs- und Radikalisierungsprozesse fortsetzen. Auch unterhalb des Niveaus verfestigter rechtsterroristischer Bestrebungen ist daher fortgesetzt mit einer hohen Gewaltbereitschaft gegen Asylbewerber und deren Einrichtungen zu rechnen.

Asylkritische Veranstaltungen werden von Rechtsextremisten auch weiter ideologisch und organisatorisch instrumentalisiert werden. Zum einen, um sich wechselseitig zu Aktionen zu motivieren und sich weiter zu vernetzen, sowie andererseits als Basis für mögliche Kooperationen mit nichtextremistischen Akteuren.

Hier sind Organisatoren asylkritischer Veranstaltungen in der Verantwortung, klare Grenzen zu Verfassungsfeinden zu ziehen. Insbesondere darf deren Vokabular nicht Teil des asylkritischen Protests werden. Sowohl Intention als auch Rhetorik von PEGIDA boten

Beitrag aus: „Sächsischer Verfassungsschutzbericht 2015“

beispielsweise grundsätzlich ideologische Anknüpfungspunkte für Rechtsextremisten: So offenbarten ressentimentbehaftete Redebeiträge oder Sprechchöre auf PEGIDA-Kundgebungen mitunter nicht nur fremden- und islamfeindliche Tendenzen. Sie zeigten bei einem Teil der Sympathisanten auch eine grundlegende Politikverdrossenheit und ein Misstrauen bis hin zur Feindschaft gegenüber etablierten Parteien und Politikern („Volksverräter“), Journalisten und Medien („Lügenpresse“) sowie gegenüber Flüchtlingen („Rapefugees“). Dementsprechend nahmen regelmäßig Rechtsextremisten an PEGIDA-Veranstaltungen teil.

Daher analysieren die VS-Behörden sorgfältig, ob - und inwieweit - es hinsichtlich PEGIDA Dresden wie auch hinsichtlich der sehr heterogenen und bundesweiten GIDA-Protestbewegung Steuerungs- oder Einflussnahmeversuche durch nationale und internationale Rechtsextremisten gibt.

PEGIDA Dresden stellte im Berichtsjahr kein Beobachtungsobjekt des Bundesamtes für Verfassungsschutz oder des Landesamtes für Verfassungsschutz Sachsen dar, da in der Gesamtschau noch keine hinreichenden tatsächlichen Anhaltspunkte für eine verfassungsfeindliche Bestrebung vorlagen.

Die bereits zu beobachtenden Fälle von Zusammenarbeit zwischen Rechtsextremisten und nichtextremistischen asylkritischen Gruppen und Initiativen stellten in sich auch eine Gefahr für die freiheitliche demokratische Grundordnung insgesamt dar. Durch diese Kooperationsmöglichkeiten bekommen Rechtsextremisten die Chance, den demokratischen Konsens gegen Rechtsextremismus in Teilen erodieren zu lassen. Rechtsextremisten würden sich dann wieder als akzeptierten politischen Partner für nichtextremistische Kräfte darstellen und so eine Basis für ihre demokratiefeindlichen Bestrebungen aufbauen.

Aus einzelnen laufenden asylkritischen Veranstaltungsreihen heraus haben sich daher im Jahr 2015 auch radikalere Strukturen gebildet, die die Grenze zum Rechtsextremismus überschritten haben. Positiv ist, dass sich darin das bisherige Scheitern von Rechtsextremisten zeigt, asylkritischen Protest flächendeckend in asylfeindliche Aktivitäten umzuwandeln. Bisher führten politische Radikalisierungsprozesse vor allem zur Aufspaltung von asylkritischen Organisatorengruppen. Dies spricht dafür, dass die Abgrenzung zwischen bürgerlichem und offen extremistischem asylbezogenen Protest nach wie vor überwiegend besteht.

Diese Abgrenzung ist eine permanente Herausforderung für die demokratische Zivilgesellschaft.